

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 22. April 2013 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Anwesenheit

Herr Mundt
Herr Braun
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Kolbe
Herr Liskow, F.-R.
Herr Littmann
Herr Noack
Herr Bleckmann

Entschuldigt

Frau Bruns
Frau Socher
Herr Dr. Stegemann

Verwaltung

Herr Kremer	Frau Teetz	Herr Wille
Frau Schinkel	Herr Maas	Herr Feldt

Gäste

Herr Poschmann - ipc Dr. Talkenberger GmbH
OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Diskussion der Informationsvorlage
- 5.1. Erledigung Prüfauftrag Umzugskostenbeihilfe 05/1017
Dez. I , Amt 20
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Annahme einer Spende der Soroptimisten für die 05/1016
Stadtbibliothek
Dez. III, Amt 41
- 6.2. Verkauf der unbebauten Grundstücke im Quartier A 11 05/1023
(Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße)
Dez. II , Amt 23
- 6.3. Verkauf von Wohbauflächen im Geltungsbereich der 05/1027
Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 -
Friedrichshagen -
Dez. II , Amt 23
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Bestätigung des Protokolls vom 11.03.2013
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit sieben stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zwei Ausschussmitglieder treten der Sitzung bei, somit sind jetzt neun Mitglieder anwesend.

Es werden zwei Tischvorlagen zusätzlich zur Tagesordnung aufgenommen und eingeordnet:

TOP 6.4. „Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (CDU-Vorlage zum Rederecht)

TOP 6.5. „Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (FDP-Vorlage zu den Beauftragten der Stadt)

Über die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Krey und Herr Prof. Dr. Wegner als betroffene Garagenpächter erschienen, um die Mitglieder des Ausschusses zu bitten, dem beabsichtigten Verkauf der Fläche des Garagenkomplexes Feldstraße/Vulkanstraße (der den Abriss zur Folge hätte) an die WGG nicht zuzustimmen, es sei denn, ihnen werden Garagen zu vergleichbaren Bedingungen angeboten (Schreiben siehe Anlage zum Protokoll).

Auf Nachfrage erklärt Herr Prof. Dr. Wegner, dass nicht zuerst die Stadt das Gespräch mit den Pächtern gesucht hat, sondern diese nach Bekanntgabe des Verkaufes des Garagenkomplexes auf die Stadt zugegangen sind. Die WGG hat nur für ihre Mitglieder (etwa 1/3) einen Ersatz in Form eines Stellplatzes in Aussicht gestellt.

Zu TOP: 4. Informationen zum Stand Stadthaus

Herr Poschmann, ipc Dr. Talkenberger GmbH, gibt aktuelle Informationen zum Projekt, insbesondere zu den Punkten Vertragsstand Bauausführung, Kostenüberwachung, Leistungsstand, Verzögerungen und Projektabweichungen (siehe Anlage zum Protokoll).

Derzeitig liegt keine Kostenüberschreitung vor. Es zeichnet sich aber ab, dass kostenmäßig Probleme auftreten werden, da die Ausschreibungen noch nicht abgeschlossen sind (2 Mio. EUR Bauleistungen müssen noch ausgeschrieben werden) und die Baupreise weiter steigen werden. Bei Wiederholung eines Vergabeverfahrens werden auch zeitliche Probleme auftreten, weil infolge verschiedene Gewerke betroffen sind.

Zur Fassadengestaltung der Neubauten stellt Herr Poschmann 3 Farbvarianten vor.

Die Gestaltung des Foyerbereiches mit Infotheke im Eingang Altbau wird von Herrn Poschmann anhand von 3 Beispielen, die teilweise mit Mehrkosten von bis zu 50.000 EUR verbunden sind, dargestellt. Ein einheitliches Meinungsbild

der Ausschussmitglieder kann nicht gegeben werden. Einerseits sollen Mehrkosten vermieden, andererseits sollte die Optik eines Eingangsbereiches nicht verkannt werden.

Zu TOP: 5. Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 5.1. Erledigung Prüfauftrag Umzugskostenbeihilfe

Der Prüfauftrag beinhaltete die Wiedereinführung der Umzugskostenbeihilfe unter den geänderten Rahmenbedingungen der Kreisstrukturreform. Herr Wille erklärt, dass nach Prüfung ein Betrag von 80 bis 100 EUR für Studenten, die sich erstmalig in Greifswald mit Hauptwohnsitz anmelden, in Betracht käme.

Im Ergebnis der Untersuchungen wurde festgestellt, dass nach Wegfall der Umzugskostenbeihilfe 2012 ein Rückgang der Anmeldungen mit Hauptwohnsitz von Studenten zu verzeichnen war.

Bei einer Wiedereinführung der Umzugskostenbeihilfe sollte man erwägen, bereits vorhandene Vorteilssysteme (WVG und Stadtwerke praktizieren diese längst) in einem Bonussystem (auch unter Einbezug der Universität) zu bündeln. Aktuell arbeitet der Stadtmarketingverein an der Entwicklung eines sogenannten Vorteilsheftes.

Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1. Annahme einer Spende der Soroptimisten für die Stadtbibliothek

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.2. Verkauf der unbebauten Grundstücke im Quartier A 11 (Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße)

Herr Dr. Fassbinder zitiert aus einem Beschluss von Februar, in dem sich die Stadt ausdrücklich für eine öffentliche Ausschreibung ausspricht. Er kann es nicht verstehen, warum jetzt ein Verkauf an die WVG ohne Ausschreibung erfolgen soll.

Herr Kremer erklärt es u. a. auch damit, dass der WVG die Nachbarflächen gehören und damit durchaus auch Synergieeffekte (in Bezug auf die

Stellplatzproblematik) erzielt werden können.

Die Frage zur genauen Grundstücksgröße wird bis zum Bauausschuss beantwortet.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme

Zu TOP: 6.3. Verkauf von Wohnbauflächen im Geltungsbereich der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 - Friedrichshagen -

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.4. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Vorlage der CDU zum Rederecht)

Die Hauptsatzung soll dahingehend geändert werden, dass den Mitgliedern der Bürgerschaft in Sitzungen der Fachausschüsse nicht nur Anwesenheits-, sondern auch Rederecht gewährt wird.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.5. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Vorlage der FDP-Fraktion zu den Beauftragten der Stadt)

Bislang sind in den Produktbeschreibungen des Haushaltsplanes die Aufgabengebiete der Beauftragten näher definiert. Mit dieser Änderung sollen die Aufgabengebiete und die Rechten und Pflichten der Beauftragten auch in der Hauptsatzung verankert werden.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 7. Information der Verwaltung

Herr Wille informiert über die Anhörung zur Haushaltsgenehmigung des Innenministeriums: Die Kreditgenehmigung sowohl im investiven Bereich als auch beim Kassenkredit wird demnach ohne Einschränkungen erteilt werden. Zu den Auflagen werden die Verhängung einer Haushaltssperre und Veränderungen zum Stellenplan gehören. Weitere Feststellungen und Anmerkungen betreffen die Vorlage der Eröffnungsbilanz bis zum 30.06.2013. Außerdem wird erwartet, keinen defizitären Haushalt ohne Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Die Haushaltslage wird als gefährdet eingeschätzt, allerdings wird positiv dargestellt, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald keine Altfehlbeträge zu verzeichnen hat. Am 29.04.2013 findet zur Haushaltsgenehmigung eine Anhörung im

Innenministerium statt, wo alle diese Themen nochmals erörtert werden. Die Anhörung zur Haushaltsgenehmigung wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Teetz informiert über den aktuellen Sachstand zum ÖPNV:

Am 19.04.2013 fand im Landkreis Vorpommern-Greifswald auf Verwaltungsebene ein Verhandlungstermin zur weiteren Vorgehensweise bezüglich der noch ausstehenden Regelung zum ÖPNV statt. Das erzielte, für beide Seiten positive Verhandlungsergebnis zu wesentlichen Eckpunkten wurde telefonisch durch Herrn Hasselmann und durch den Oberbürgermeister bestätigt.

Die Aufgabenerfüllung des ÖPNV auf dem Stadtgebiet Greifswald soll nach § 3 Abs. 4 ÖPNVG mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald übertragen werden. Grundlage der Regelung wird der Vertragsentwurf der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von Anfang 2012 sein, der schnellstmöglich überarbeitet und auch an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst wird.

Der Landkreis wird den Nahverkehrsplan für den gesamten Landkreis erstellen und durch den Kreistag beschließen lassen. Greifswald will für das Stadtgebiet ein eigenes ÖPNV-Konzept erstellen, das Bestandteil des kreislichen Nahverkehrsplanes sein soll.

Die operative Gestaltung der Durchführung und die Finanzierungsverantwortung für den ÖPNV obliegt der UHGW und erfolgt durch die VBG. Diese bleibt als mittelbare Gesellschaft der Stadt im Stadtwerkeverbund. Die Stadt soll im Vergabeverfahren Behörde entsprechend PBefG und EU VO 1370 werden.

Für die Aufgabenerfüllung zahlt der Landkreis eine pauschale Vergütung von 400 TEUR jährlich ab dem 01.01.2012.

Der Vertrag soll für die Laufzeit der Konzessionen gelten, angestrebt wird Verlängerungsoption. Bei Beendigung des Vertrages würden Rechtsfolgen des LNOG eintreten.

Auf Nachfrage von Herrn Braun teilt Frau Teetz mit, dass neben der Ausgleichsleistung auch die FAG-Mittel in Höhe von ca. 480 TEUR durch den Landkreis an die Stadt gezahlt werden.

Herr Feldt informiert zur Neuauflage des 3-D-Innenstadtplanes mit Aufnahme des Ortsteiles Wieck.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Bleckmann teilt mit, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses einen Brief in Abstimmung mit Herrn Maas und Herrn Wille an den Präsidenten und die Mitglieder der Bürgerschaft verfasst hat, in dem der Sachstand zur Feststellung der Eröffnungsbilanz dargelegt wird (Anlage zum Protokoll).

Zum Vermögensausgleich zwischen Landkreis/Stadt sollte auf Aufforderung durch das Innenministerium bis zum 15.04.2013 durch den Landkreis ein wertmäßig untersetztes Gegenangebot unterbreitet werden. Herr Dr. Fassbinder hinterfragt den Sachstand. Herr Wille bestätigt den Eingang des Angebotes.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Zur Kita-Problematik schlägt Herr Mundt vor, dass zu jeder Ausschusssitzung aktuell durch die Verwaltung zum Sachstand berichtet wird (ähnlich dem Stadthaus).

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 11.03.2013

Herr Kremer gibt zwei Änderungen auf Seite 6 des Protokolls bekannt:

Zum Thema Herrenhufen muss es hier richtig heißen: „Nach derzeitigem Stand wurden 900.000 EUR (*nicht 9.000 EUR*).“

Des Weiteren: „Die Schlussrechnung hat die Stadt in Höhe von 1,9 Mio. EUR erhalten und diese auf (*nicht um*) 620 TEUR gekürzt.“

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung wird um 19:25 Uhr beendet.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski
für das Protokoll